

ICH SEH' DAS ANDERS!

FÜR DAS RECHT AUF MEINUNGSFREIHEIT

SIEHST DU DIE DINGE MANCHMAL ANDERS?

Stell dir vor, du kritisierst die Regierung oder machst Missstände öffentlich und wirst dafür inhaftiert und bestraft. Stell dir vor, Medien und Behörden enthalten dir wichtige Informationen vor. Unvorstellbar? In vielen Ländern der Welt ist dies traurige Realität: **Wer sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnimmt oder einfordert, wird bedroht, gefoltert oder sogar ermordet.**



Regierungskritischer Protest in der tunesischen Hauptstadt Tunis



Amnesty-Protestaktion vor der türkischen Botschaft in Berlin für die Freilassung inhaftierter Medienschaffender (Mai 2017)

MEINUNGSFREIHEIT IST EIN MENSCHENRECHT

Meinungs- und Informationsfreiheit sind Grundlage jeder demokratischen Ordnung. Sie ermöglichen den friedlichen Wettbewerb unterschiedlicher Ideen in einer vielfältigen und gleichberechtigten Gesellschaft. Gewalt beginnt dort, wo andere Meinungen nicht mehr wahrgenommen werden und die eigene Ansicht über die anderer Menschen gestellt wird. Wo das Recht auf Meinungsfreiheit eingeschränkt wird, sind meist auch weitere Menschenrechte gefährdet. Denn unter Ausschluss der Öffentlichkeit lassen sich Menschenrechtsverletzungen ungestört und ungestraft begehen. Viele Regierungen fürchten daher um ihre Macht, wenn Menschen gut informiert sind und viele verschiedene Ansichten diskutieren.

Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:

„Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinung und freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, sich Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu beschaffen, zu empfangen und zu verbreiten.“

AMNESTY SETZT SICH FÜR MEINUNGS- UND INFORMATIONSfreiheit ein

Der Einsatz für Menschen, die ihre Meinung nicht frei äußern können, führte 1961 zur Gründung von Amnesty International. Am 28. Mai 1961 veröffentlichte der britische Anwalt Peter Benenson seinen Artikel „Die vergessenen Gefangenen“ auf der Titelseite der Zeitung „The Observer“. Der erste Satz lautete: „Schlagen Sie Ihre Zeitung an irgendeinem beliebigen Tag auf, und Sie werden eine Meldung aus irgendeinem Teil der Welt lesen: Ein Mensch ist eingekerkert, gefoltert, hingerichtet worden, weil seine Ansichten oder religiösen Überzeugungen nicht mit denen der Regierung übereinstimmen.“ Benenson rief dazu auf, mit Appellschreiben öffentlichen Druck auf die Regierungen zu machen und von ihnen die Freilassung politischer Gefangener zu fordern. Dieser „Appeal for Amnesty“ war der Beginn von Amnesty. Auch mehr als 60 Jahre später setzt sich Amnesty nach wie vor für Menschen ein, die staatliche Willkür anprangern und die Menschenrechte verteidigen – egal ob sie dies mit friedlichen Protesten tun, in Publikationen oder im Internet.

Besonders die Sozialen Medien bieten inzwischen nie dagewesene Möglichkeiten, über alle Grenzen hinweg zu kommunizieren. Gleichzeitig gehen immer mehr Regierungen rigoros gegen die Meinungsfreiheit im Netz vor und überwachen und zensieren. Dadurch geraten auch Netzaktivist*innen, Blogger*innen und Journalist*innen verstärkt ins Visier von Behörden, wie auch die Verfolgung der Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa durch die philippinischen Behörden zeigt.

© IMAGO/ITAR-TASS



Wurden am 10. Dezember 2021 in Oslo mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet: Die philippinische Journalistin Maria Ressa und der russische Journalist Dmitri Muratow.

PHILIPPINEN: FRIEDENSNOBELPREIS FÜR KAMPF UM MEINUNGSFREIHEIT

Maria Ressa wurde mit investigativen Berichten über Korruption, Machtmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen zu einer weltweiten Ikone der Pressefreiheit. Die Mitbegründerin der Nachrichtenwebsite „Rappler“ hat die Brutalität und weit verbreitete Straflosigkeit im Zusammenhang mit dem tödlichen „Krieg gegen Drogen“ des ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte öffentlich gemacht. Philippinische Behörden gehen immer wieder gegen das regierungskritische Nachrichtenportal vor. Auch gegen Maria Ressa sind seit 2018 etliche Strafverfahren eröffnet worden. Im Juni 2020 wurde sie nach der Veröffentlichung einer Reportage schuldig gesprochen wegen angeblicher Verleumdung im Internet. Das Strafmaß steht weiterhin aus. Amnesty International betrachtet den Schulterspruch als Angriff auf die Pressefreiheit und hat sich mit mehreren Urgent Actions und Briefen gegen das Vergessen immer wieder für die Journalistin eingesetzt.

Im Oktober 2021 erhielt Maria Ressa gemeinsam mit dem russischen Journalisten Dmitri Muratow von der Novaya Gazeta den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz für die Meinungsfreiheit – ein Sieg für den unabhängigen, kritischen Journalismus auf den Philippinen und in Russland und für die Meinungsfreiheit weltweit. Im Januar 2023 wurde Maria Ressa vom politisch motivierten Vorwurf der Steuerhinterziehung freigesprochen. Amnesty fordert die philippinischen Behörden auf, auch die Verleumdungsklagen und weitere gegen Maria Ressa erhobene Vorwürfe fallen zu lassen, damit sie ihre Arbeit ungehindert fortsetzen kann.



Ihar Losik

BELARUS: BLOGGER IM STRAFLAGER

Medienschaffende wie Journalist*innen und Fotograf*innen spielen eine wichtige Rolle für die Wahrung der Meinungs- und Informationsfreiheit. Doch deshalb sind sie auch immer wieder Repressionen ausgesetzt, wie der Fall von Ihar Losik, dem ehemaligen Administrator des beliebten Telegram-Kanals „Belarus of Brain“, zeigt. Belarusische Sicherheitskräfte hatten den Blogger im Vorfeld der manipulierten Wahlen in Belarus im August 2020 verhaftet. Anderthalb Jahre später, am

14. Dezember 2021, verurteilte ihn ein Gericht nach fünfmonatiger nicht-öffentlicher Verhandlung zu 15 Jahren Gefängnis. Die Vorwürfe lauteten unter anderem „Organisation von Massenunruhen“ und „Aufstachelung zum Hass“. Im Juni 2022 wurde Losik in die Strafkolonie Navapolatsk verlegt. Nachdem seine Ehefrau dem in Belarus verbotenen Fernsehsender Belsat News ein Interview zur Situation ihres Mannes gegeben hatte, wurde sie im Januar 2023 zu einer zweijährigen Haftstrafe in einer Strafkolonie verurteilt. Sie habe damit „extremistische Aktivitäten unterstützt“.

Im Juli 2024 kam Darya Losik nach einer Massenamnestie vorzeitig frei. Politische Gefangene wie Ihar Losik werden in Belarus unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten. So haben sie häufig keinen Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung oder ihren Familienangehörigen und werden immer wieder in Strafzellen verlegt.

WERDE AKTIV FÜR MEINUNGSFREIHEIT!

Setze dich für Menschen in Not und Gefahr ein und mach mit bei Eilaktionen von Amnesty International: amnesty.de/urgent-actions

Melde dich an für Briefaktionen und Informationen von unserem Themennetzwerk Meinungsfreiheit: netzwerk-meinungsfreiheit@amnesty.de

Engagiere dich ehrenamtlich in der Amnesty-Themengruppe Meinungsfreiheit: amnesty-meinungsfreiheit.de



Menschenrechte sind unbezahlbar.

Ihr Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit, vielen Dank!

Weitere Informationen: amnesty.de/spenden.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: info@amnesty.de . W: amnesty.de
SPENDENKONTO . DE23 3702 0500 0008 0901 00 . SozialBank . BFSWDE33XXX

© Amnesty International, Januar 2025, V.i.S.d.P. Uta von Schrenk

Folge uns auf



**AMNESTY
INTERNATIONAL**

